

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postweg ohne Bestellgebühr monatlich 5.— M., bei Zustellung unter Straßband 5.— M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nummern der Postzustellungsliste für 1919 eingetrag. in

Inserate kosten die achteigste Nonpareilzeile oder deren Raum 120 M., Wortanzeigen das jeitgedruckte Wort 20 Pf., jedes weiterer Wort 25 Pf. Leertextzeilen 10 Pf. pro Zeile und Verrechnungstagen fällt der Zuschlag fort. Insetate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition angegeben sein. Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19. Fernsprecher: Amt Norden 9768.

STREIF

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Streifbewegung in Berlin.

Zwangsmaßnahmen gegen die Eisenbahner!

Die Lage im Eisenbahnerstreik hat sich weiter verschärft. Wie uns mitgeteilt wird, haben gestern wieder Verhandlungen im Ministerium stattgefunden, eine Einigung ist aber nicht erzielt worden. Die maßgebenden Stellen beharren auf ihrem Herrenstandpunkt. Sie wollen sich auf die Forderungen der Arbeiter und Beamten nicht einlassen. Mit den Zugständnissen in der Lebensmittelversorgung glauben sie alles getan zu haben, wozu sie in der Lage sind. Die Eisenbahner sind aber damit nicht zufrieden. Die wir hören, besteht die Absicht, die Streikenden durch Zwangsmaßnahmen zur Arbeit zu zwingen. Es soll ein Dekret ausgearbeitet werden, wonach sich die Arbeiter durch Unterschrift verpflichten sollen, die Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen. Wer nicht unterschreibt, soll als entlassen gelten. Sollte dieses Dekret tatsächlich erscheinen, so steht zu befürchten, daß der Streik noch weiter an Ausdehnung gewinnt, da anzunehmen ist, daß dann der jetzt noch abseits stehende Zentralvorstand des Eisenbahnverbandes Gegenmaßnahmen ergreifen würde.

Wachsende Erregung.

Roskes Streikerlaß nicht aufgehoben.

Entgegen ihrer Ankündigung, den Roskeschen Streikerlaß aufzuheben, hat die Regierung nicht den Mut gefunden, dieses Versprechen auch wirklich zu erfüllen. Sie hat das den Eisenbahnern gegebene Wort treulos gebrochen. Obwohl sie gesehen hat, daß dieser Streikerlaß die Erregung der Eisenbahner und Beamten wesentlich vermehrt hat, obwohl der Gewerkschaftskongress seine Aufhebung fordert, hält die Regierung an ihm fest. Sie trift deshalb die Verantwortung für die täglich wachsende Erregung bei den Streikenden, die dieses zweideutige Verhalten hervorgerufen hat. Aber auch gegenüber den Bankbeamten treibt die Regierung eine Politik, die offensichtlich eine Steigerung der Erregung hervorruft. Die Bankbeamten stehen in einer Bewegung zum Zwecke des Abschlusses eines Reichstages. In diesem Augenblick, in dem eine weitsichtige Regierung alles tun müßte, um die Erregung zu mildern, läßt die Regierung den Führer der Bankbeamten, Emonts, wie amtlich mitgeteilt wird, wegen seiner „Agitationsstätigkeit“ verhaften. Diese Verhaftung hat furchtbar unter den Bankbeamten die allergrößte Erregung hervorgerufen. Die Bankbeamten vermuten, daß diese Verhaftung auf Verlangen der Bankleitungen erfolgt ist und verlangen sofortige Haftentlassung von Emonts, andernfalls sie heute mittag um 12 Uhr in den Generalstreik eintreten wollen. So kommt also auch in diesem Fall die schwere Erschütterung des Wirtschaftslebens, die der Generalstreik der Bankbeamten nach sich ziehen würde, auf das Konto dieser unfähigen Regierung. Auch die Verhaftung von Herzlich, sowie die Verfolgungen von Däumig und Richard Müller, über die die Erklärung des Genossen Däumig interessante Einzelheiten mitteilt, zeigt, daß man unbestimmt um die wachsende Erregung der Massen die Methode der Gewalt immer offener zur Anwendung bringt. Aber die Methode der Gewalt wird jetzt scheitern, wie sie früher gescheitert ist. Einfiel und fühlte Überlegung sagen den Massen, daß ihre Zeit noch kommt und daß es falsch wäre, sich von ihren Gegnern provozieren zu lassen.

Die Verhaftung von Emonts.

Vom Allgemeinen Bankbeamten-Verband erfahren wir kurz vor Redaktionsschluss: Emonts ist noch nicht aus der Haft entlassen. Um 12 Uhr mittags finden Betriebsversammlungen statt, die zu dem Proteststreik Stellung nehmen werden. Die Protestbewegung gegen die Verhaftung Emonts hat sich

bereits auf das Reich ausgebreitet. Ueberall hat sie ungeheures Erregung ausgelöst, da die Bankbeamten den Eindruck haben, daß die Verhaftung nicht allein gegen die Person Emonts, sondern gegen die Bewegung der Bankbeamten gerichtet ist. Die Münchener Bankbeamten haben bereits in einem Telegramm an die Organisation verlangt, daß, falls Emonts nicht sofort aus der Haft entlassen wird, sie die Parole des allgemeinen Proteststreiks erwarten.

Warum werden die Gründe nicht genannt?

Von der Staatsanwaltschaft wird mitgeteilt, daß die Verhaftung des Geschäftsführers des allgemeinen Verbandes der deutschen Bankbeamten Karl Emonts mit seiner Tätigkeit in der Bankbeamtenbewegung nicht das geringste zu tun hat. Die Gründe dafür liegen auf ganz anderem Gebiete. Die Verhaftungen stehen der Verhaftung vollständig fern. Auch der Reichswehraminister Noske erklärt, der Verhaftung vollständig fern zu stehen; es sei übrigens eine unwürdige Unterstellung, anzunehmen, daß der Oberbefehlshaber oder die Regierungsbefehlsstelle sich dazu hergeben würden, die Geschäfte irgend einer Interessengruppe, z. B. der Bankleitungen, wahrzunehmen, indem sie etwa Verhaftungen auf deren Betreiben hin ausprägen.

Das Verschweigen der wirklichen Gründe ist sehr auffällig und in keiner Weise geeignet, die Vermutungen zu zerstreuen, die die Verhaftung Emonts unter den Bankbeamten hervorgerufen hat. Also heraus mit den wahren Gründen!

Das Schicksal Wilhelms.

London, 30. Juni. (Reuter.)

Unterhaus. Wolomich fragte, ob irgendwelche Schritte bei den holländischen Behörden getan worden seien, um ein Entkommen des Kaisers zu verhindern? Harmsworth erwiderte, die alliierten Regierungen hätten durch ihren Vertreter im Haag der niederländischen Regierung die Notwendigkeit nahegehalten, die entsprechenden Schritte zu tun, um eine Abreise des früheren Kaisers aus Holland zu verhindern. In Erwiderung einer weiteren Anfrage erklärte Harmsworth, daß keine Verhandlungen bezüglich des früheren Kaisers mit den Niederlanden eingeleitet worden seien.

Eine Kundgebung an den deutschen Osten.

Die Bevölkerung des Ostens bleibt ruhig.

Danzig, 1. Juli.

Der parlamentarische Aktionsausschuß Nord hielt am 28. Juni im Landeshaus zu Danzig eine Sitzung ab. Die Verhandlungen führten zu dem Ergebnis, daß bei Ratifizierung des Friedens eine feierliche Rechtsverwahrung gegen die Vergewaltigung des Ostens eingelegt werden soll. In diesem Sinne sollen die Abgeordneten der Gebiete, für die der parlamentarische Aktionsausschuß Nord gebildet ist, nach Berlin zu einer Gesamttagung berufen werden. Der Aktionsausschuß ist der Ansicht, daß die Bevölkerung des Ostens mit dem Spruch der Nationalversammlung sich abfinden muß. Indem aber die Bevölkerung die drückenden Pflichten des Gewaltfriedens auf sich nimmt, wird sie andererseits die ihr verbleibenden Rechte mit aller Entschiedenheit wahren. Insbesondere muß daran festgehalten werden, daß bis zum Inkrafttreten des Friedens die Hoheitsrechte in den Ostgebieten dem Deutschen Reich verbleiben. Bis zu diesem Zeitpunkt werden sie auch gegen jeden gewalttätigen Übergriff geschützt werden. An die in den Abstimmungsbezirken wohnenden Deutschen richtet der Aktionsausschuß die dringende Bitte, ihr Volkstum hochzuhalten.

Die Ungarn ziehen sich zurück.

Budapest, 30. Juni.

Das Ungarische Korrespondenzbüro meldet: Im Sinne der Ententennote haben wir den Rückzug auf die aufgewungene Grenze heute vormittag 5 Uhr begonnen.

Generallstreik der schwedischen Buchdrucker.

Nach einer Meldung des „Berliner Tageblatts“ soll am 1. Juli der Generallstreik der schwedischen Buchdrucker beginnen, der nicht nur alle Verlagsdruckereien, sondern auch alle Zeitungen, mit Ausnahme der linkssozialistischen „Politik“ umfassen wird. Streikursache sind Lohnkürzungen.

Bei der Wahrheit bleiben!

Wieder stehen große Arbeitermassen in Berlin im Streik und da alle Zweige des großstädtischen Verkehrs von der Arbeitsniederlegung betroffen werden, ist die gesamte Bevölkerung in Berlin in Mitleidenschaft gezogen. Das bedeutet für den einzelnen natürlich eine Quelle von argen Unbequemlichkeiten und von oft sehr unangenehmen Zeitverlusten. Aber das rechtfertigt noch nicht eine voreilige Stellungnahme des einzelnen. Aufschärfte aber muß es beurteilt werden, wenn von behördlicher Seite die Mißstimmung der Bevölkerung systematisch gesteigert und zu einer mit allen Mitteln arbeitenden Stimmungsmache ausgedeutet wird.

Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß die Bewegungen der Verkehrsarbeiter bereits seit längerer Zeit im Gange sind und rein wirtschaftlichen Ursachen entspringen.

Daß die Situation bei den Eisenbahnern so kritisch geworden ist, ist nicht zum geringsten Schuld der Regierung. Es ist eine Folge des Verrogens der Regierung auf wirtschaftspolitischem Gebiet. Die Regierung hat durch Monate nichts dazu getan, um der fortschreitenden Geldentwertung entgegenzuwirken und eine Senkung der Lebensmittelpreise herbeizuführen. Hätte sie, was sie unter dem Druck des drohenden allgemeinen Eisenbahnerstreiks sich abzwängen ließ, schon früher durchgeführt, so wäre die ganze Krise und damit auch der Teilstreik der Eisenbahner in Berlin vermieden worden, wie so mancher andere Streik auch. Dazu kommt noch, daß der Minister Defer offenbar nicht das Zeug dazu hat, sich das Vertrauen der Arbeiter- und Beamtenenschaft zu erwerben.

Als die Krise da war, hat die Regierung, indem sie den Streikerlaß Roskes zurück, alles getan, um die Erregung noch zu steigern und hat sich dadurch selbst die Verhandlungen außerordentlich erschwert. Trotzdem ist es gelungen, den allgemeinen Streik zu verhindern.

In Berlin aber dauert der Streik noch fort. Das benutzt nun die Regierung zu einer ganz unwarren und mit den Kräfteverlusten Mittel arbeitenden Stimmungsmache. So wird erzählt, daß an manchen Stellen von den Streikenden höhnisch erklärt worden sei, daß es sie wenig kümmere, wenn in Berlin eine Anzahl Frauen und Kinder verhungere. Namen werden natürlich nicht genannt und dafür aber versichert, daß man mit größtem Nachdruck dem Terrorismus entgegenzutreten werde.

Eine andere amtliche oder halbamtliche Stelle verlautbart wieder folgendes:

Es zeigt sich leider immer wieder, daß die Organisationen nicht die Führung in der Hand haben. Die Führung befindet sich bei ganz anderen Leuten, die gewissenlos die Menge der Beamten und Arbeiter für ihre dunklen Zwecke zu mißbrauchen sich bemühen. Es muß immer wieder betont werden, daß die ganze Streifbewegung lediglich eine politische ist, auf den Sturz der Regierung und die Herbeiführung kommunistischer Ziele gerichtet. Es ist kaum mehr daran zu zweifeln, daß bekannte kommunistische und unabhängige Führer hinter der Bewegung stehen. Auch am Geldmitteln scheint es ihnen nicht zu fehlen. An alle Beamten und Arbeiter und die ganze Bevölkerung muß deshalb die dringende Mahnung gerichtet werden, sich nicht von diesen dunklen Elementen mißbrauchen und irreführen zu lassen. Die Mitglieder eines Verkehrsstreiks im jetzigen Augenblick begehen ein Verbrechen nicht nur am Lande, sondern ein Verbrechen am Leben und der Gesundheit der Bevölkerung, der Frauen, Kinder und Kranken insbesondere. Jeder Beamte und Arbeiter soll sich die Erfahrungen der letzten Monate vor Augen halten. Die Führer der Bewegung sind im entscheidenden Augenblick verschwunden, die Menge der Arbeiter und Beamten sind die Leidtragenden, die Menge der Arbeiter und Beamten sind die Leidtragenden. Auch den Beamten muß nach dem Gesch für die Streiktage das Gehalt gekürzt werden. Wird der Streik erst aus, dann ist es sehr fraglich, ob alle bisher in den Vertrieben Beschäftigten ihre Arbeitsplätze wieder einnehmen können.

Es ist eine Unverschämtheit zu behaupten, daß bekannte unabhängige Führer für die Fortsetzung des Streiks eingetreten sind. Wir fordern die Verleumder auf, die Namen zu nennen und ebenso die Namen derjenigen, die gekürzt haben, daß sie sich um den Hunger der Frauen und Kinder

... nicht ...

Wir verlangen nichts ...

Wir müssen Geld haben ...

Wir fordern sofortige ...

Wir verlangen, daß man uns ...

Wir wollen nicht, daß Ihr uns ...

Wollt Ihr, daß wir in das alte ...

Wollt Ihr, daß wir als gleichberechtigte ...

Das Flugblatt beweist, wie unfruchtbar ...

Ebenso wenig wie der Eisenbahnerstreik ...

... nicht ...

hoffte, daß der Eisenbahnerstreik sich über ...

Eine „überlässige“ Durst ...

Der Streik der Eisenbahner ist von den ...

Künftige Mittelung: „Göhrlich ist an ...

Gewaltbereitschaft in Bielefeld.

Dem „Berliner Tageblatt“ wird aus Bielefeld ...

... nicht ...

Architektentag und Sozialismus.

Heber Architektentum, Demokratie und Sozialismus ...

„Einkauf“ die Schuld. Daß wir in den ...

Das Beisatzgetrampel, das dem ...

Architektentag.

Im Künstlerhaus tagten am 27. Juni ...

einzig, nur mit größten Opfern an ...

So ist es gekommen, daß das Volk ...

Als die umfassende der Kultur ist ...

... nicht ...

Groß-Berlin.

Die Umgestaltung des preussischen Klassenstaates geht nicht nur auf wirtschaftlichem, sondern auch auf politischem Gebiet verzwiefelt langsam vor sich — genau nach dem Rezept der bürgerlichen 1848er: „Und soll der Fortschritt recht gedeihen, so darf er nicht zu merken sein.“ Für die sozialdemokratischen Mitglieder der Regierung hätte es eigentlich selbstverständlich sein müssen, zunächst und zu allererst den Verwaltungsapparat in Stadt und Land den Grundrissen mindestens der bürgerlichen Demokratie entsprechend umzugestalten — ganz abgesehen von den Forderungen der Arbeiter, durch Eingliederung der Masse am Aufbau mitwirken zu können. Aber nicht einmal eine Umgestaltung, die den bürgerlich-demokratischen Anschauungen entspricht, ist bis jetzt erfolgt: die Vandalen sind nach wie vor die Herren auf dem Lande und die Bauern werden ebenso wie die Bürger in den Städten noch gemäß den aus der schlimmsten Reaktionszeit stammenden Städte- und Landgemeindevorordnungen regiert. Wohl wird immer wieder einmal vom Ministerlich aus versprochen, die neue Städteordnung werde bald kommen, aber vorläufig ist sie noch immer „in Vorbereitung“ und die Notverordnungen zur Umgestaltung des Wahlrechts genügen keineswegs, um die Stadtverwaltungen mit dem dringend erforderlichen neuen Gesetze erfüllen zu können. Denn die alte Magistratsverfassung, das Dreiklassenwahlrecht, ist verblieben, die Stadtverordneten sind nach wie vor gegenüber den noch von bürgerlichen Mehrheiten gewählten Magistraten machtlos.

Eine besondere Aufgabe war und ist außerdem noch für Berlin zu lösen. Seit Jahrzehnten drängt die Sozialdemokratie darauf hin, daß die um Berlin rings herum entsandenen Städte und Dörfer, deren wirtschaftliches Leben auf Gedeih und Verderb mit ihr verknüpft ist, wie sie mit ihnen, nun auch in einem einheitlichen Verwaltungsbereich zusammengefaßt werden. Das 1911 als Zweiter Verband Groß-Berlin vom preussischen Dreiklassenparlament ins Leben gerufen wurde, hat seitdem durch seine färrnerliche Tätigkeit bewiesen, daß unter Protest gegen diese Spottgeburt von sozialistischer Bevormundung und gemeindlicher Selbstverwaltung nur allzu berechtigt war.

Nun und immermehr kann dieser Zweiverband sich von selbst zu einer einheitlichen Gemeinde ausweiten, der Kreis der ihm zugehörigen gemeinsamen Aufgaben ist viel zu eng begrenzt und wird durch die angeschlossenen Landbezirke noch mehr verengt. Was dringend notwendig ist, ist eben eine einheitliche Zusammenfassung all derjenigen Ortschaften, die mit dem Mittelpunkt Berlin in wirtschaftlichen Zusammenhänge stehen. Und das ist nur möglich durch eine restlose und vorbehaltlose Eingemeindung. Das entspricht freilich nicht dem — sagen wir es nur deutlich heraus! — Geschäftsinteresse mancher Gruppen in den Vororten wie in der Stadt Berlin selbst: die Haus- und Grundbesitzer spielen dabei die Hauptrolle. Auch manche höheren Kommunalbeamten verspüren keine Sehnsucht, durch die Zentralkation der Einheitsgemeinden überflüssig zu werden. Und vor allem widersehen sich der Eingemeindung diejenigen Orte, in denen auch das neue Wahlrecht eine bürgerliche Mehrheit in den Gemeindevorstellungen ermöglicht hat, da infolge der teuren Wohnungen und mangels industrieller Anlagen die Arbeiter in der Minderheit geblieben sind. Da in einer Einheitsgemeinde Groß-Berlin die Arbeiter die unbefristete Mehrheit besitzen, wäre es auch in diesen letzten Zwingburgen mit der kapitalistischen Vorherrschaft selbstverständlich sofort vorbei.

Und aus all diesen und auch anderen immer wieder auf kapitalistische Eigeninteressen zurückzuführenden Gründen widersehen sich auch die braven „Liberale“ mehr oder minder offen der Schaffung einer Einheitsgemeinde Groß-Berlin. So kam es, daß jetzt erst von der preussischen Regierung ein „Gesetzentwurf über die Bildung eines Stadtkreises Groß-Berlin“ in Angriff genommen wird und zunächst den Magistraten zur Begutachtung vorgelegt wurde, die ihn demnach mit Mitgliedern der Gemeindevorstellungen durchberaten wollen. Da er am 1. April nächsten Jahres in Kraft treten soll und das Abgeordnetenhaus sicherlich die Vorarbeit zu beschließen sich bemühen wird, ist dringend notwendig, daß er schleunigst eingebracht wird.

Freilich — wenn er den Interessen der Arbeiter entgegensteht, wird er noch mancherlei Verbesserungen erhalten müssen!

(Schluß des Artikels in der nächsten Morgen-Aufgabe.)

Im Hofverrat oder nicht?

Im Schaufenster des Zeitungsverlegers Buchwald in Birnbaum hängen folgende zwei Aufrufe aus. Bisher ist nicht bekannt geworden, daß die Regierung gegen ihre Urheber das Verfahren wegen Hochverrats oder Aufruhrs eingeleitet hat. Sie hat es anscheinend in diesem Fall etwas weniger eilig als im Fall Debebour. Die Aufrufe haben folgenden Wortlaut:

Birnbaum, den 26. Juni 1910.

Einen Briefchen, unterzeichnet von einer Regierung, die von keinem Deutschen ermächtigt war oder wurde, ein herabwürdigendes Schmeichelei zu unsern Leuten, erkennen wir nicht an. Für eine Regierung, die ihr Wort, keinen Schritt deutschen Lebens preiszugeben, treu gelobt, ist kein Platz mehr im Deutschen Vaterland. Wollen wir deutsch. Wir werden dafür sorgen, daß von dieser deutschen Provinz nicht ein Fuß breit in polnische Hände fällt.

Wir verlangen, daß die jetzige Straßburger-Regierung sofort durch eine Regierung von Männern, die deutsch denken, wählen und handeln. Die Forderung von unseren obersten militärischen Stellen, daß sie unverzüglich den Befehl geben, Polen wieder zurückzuerobern.

Im Namen des Vertrauensrates der gesamten Truppen des Unterabteiles Birnbaum.
(Drei Unterzeichnete.)

Birnbaum, den 26. Juni 1910.

Eine Regierung, die diesen schmachvollen Briefchen unterschreibt, erkennen wir nicht an und nur aus dem Zwange heraus, unsere Heimat zu schützen, bleiben wir im Dienst.

Wir fordern die sofortige Beilegung der Regierung und Einsetzung einer Reichsvertretung, die Mitglieder genug besitzt, unsere berechtigten Interessen in der Ostmark mit aller Schärfe zu vertreten. Wir sind fest entschlossen, unsere Heimat gegen jeden Feind mit allen Mitteln zu verteidigen und verlangen von der Reichsregierung, den Angriffsbefehl zu geben.

Das Offizierskorps des Unterabteiles
Birnbaum.

J. E. Soefke, Hauptmann u. Kommandeur.

Parteienossen!

Erwerbt die Mitgliedschaft bei der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ und zeichnet Anteilsgeld!

Ihr fördert damit die Partei und euer Organ die „Freiheit“, dessen weiterer Ausbau den Kampf für die

Sicherung der revolutionären Errungenschaften erleichtert.

Bestehen Haftbefehle gegen Däumig und Müller oder nicht?

Wir erhalten folgende Zuschrift des Genossen Ernst Däumig:

Der „Vorwärts“ brachte nach den P. P. N. die Meldung, daß von einem Haftbefehl gegen den Genossen Richard Müller und mich nicht die Rede sei. Demgegenüber stelle ich fest:

Am Montag, den 28. Juni cr., erhielt ich von gut unterrichteter Seite die Mitteilung, daß von der Garde-Kavallerie-Schützen-Division ein Haftbefehl gegen mich erlassen sei. Im demselben Tage kamen in meiner Abwesenheit nachmittags gegen 5 Uhr drei Beauftragte dieser Militärbehörde in meine Wohnung, um angeblich eine Hausdurchsuchung nach Flugblättern und Waffen vorzunehmen. Die Art der Hausdurchsuchung ließ den Schluß zu, daß es den Behörden nicht so sehr auf Flugblätter und Waffen, als vielmehr auf meine Person ankam.

In der Nacht vom Montag zu Dienstag um 1/4 12 Uhr morgens verlangten zwei Militär- und eine Zivilperson scheinbar Einlass in meine Wohnung, stießen meine Frau zur Seite und durchsuchten alle Räume, um mich im Auftrage der Garde-Kavallerie-Schützen-Division festzunehmen. Die Herren mußten aber unrichtiger Sache abgehen.

In den folgenden Tagen ist meine Wohnung, ebenso wie das Gebäude des Volksgenossen, andauernd bespioniert worden. Bei den militärischen Vorstößen gegen den Volksgenossen erkundigten sich die Führer der Expedition lebhaft nach meinem Zimmer und meiner Person. Sie fanden aber keine Gelegenheit, meine nähere Bekanntschaft zu machen.

Ebenso lebhaft wie nach mir erkundigten sich die Führer der militärischen Aktion gegen den Volksgenossen an beiden Tagen, an denen dessen Gebäude besetzt wurde, nach dem Genossen Richard Müller. Aus der Aussage eines Beamten ging klar hervor, daß Genosse Müller verhaftet werden sollte. Auch in dessen Wohnung haben sich zweifelhafte Persönlichkeiten nach dem Aufenthalt des Genossen Müller erkundigt. Aus Sympathie für den Genossen Müller ist diese Anfrage jedoch nicht erfolgt.

Aus alledem geht hervor, was von der Behauptung der P. P. N. als offiziellem Dementierorgan, gegen Richard Müller und mich habe kein Haftbefehl vorgelegen, zu halten ist.

Ernst Däumig

Ma alle sozialistischen Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands und Oesterreichs!

In den Pfingsttagen wurde in Berlin ein Verband sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen von Deutschland und Oesterreich“ gegründet. Er ist ein Zusammenschluß sämtlicher sozialistischer Lehrer- und Lehrerinnenvereinigungen, die Angehörige aller drei sozialistischen Parteirichtungen aufnehmen. Der Verband arbeitet auf breiterer Basis als die „Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands“, die nur S. P. D.-Mitglieder aufnimmt. Seine Stützpunkt ist daher größer. Ein vereinter Kampf aller sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen ist dringend notwendig, wenn das sozialistische Schulprogramm, wenn der Sozialismus Wirklichkeit werden soll. Das Proletariat ruft nach Einheit, deshalb müssen in erster Linie alle sozialistischen Lehrer und Lehrerinnen zusammenschließen. Die Erfahrung hat gezeigt, daß dies möglich ist.

Nach § 2 seiner Satzung erstreckt der Verband die Vertretung des Sozialismus auf dem Gebiete des gesamten Erziehungs- und Bildungswesens im enghen Zusammenhang mit dem Kampf des Klassenbewußten Proletariats.

Der Verband sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands und Oesterreichs“ richtet daher an alle sozialistischen Lehrer und Lehrerinnen den Ruf: Schließt Euch zusammen und tretet mit eurer Vereinigung dem „Verbande sozialistischer Lehrer“ bei!

Zuschriften sind zu richten an Gen. Jens Rydahl, Reutlingen, Reichsstr. 20.

Die sozialistische Presse wird um Abdruck gebeten.

Lord Georges im Unterhause.

London, 30. Juni (Reuter).

Unterhaus. Lord George wurde beim Betreten des Unterhauses eine große Ovation gebracht. Die Mehrheit der Mitglieder erhob sich von ihren Sitzen, jubelte und winkte ihm zu. Mitglieder der linken Opposition ließen eine Zeitlang sitzen. Die Mehrzahl davon erhob sich jedoch nach wiederholter Aufforderung von Seiten des übrigen Teiles des Hauses. Die Mitglieder der Arbeiterpartei blieben sitzen. Hierauf sangen die Mitglieder des Hauses die Nationalhymne. Nach Beendigung

der Nationalhymne wurden drei Lohs ausgebracht. Zwei Mitglieder der Arbeiterpartei blieben während der Absingung der Nationalhymne sitzen. Das Mitglied der Nationaldemokratischen Partei Seddon lenkte die Aufmerksamkeit des Hauses auf die Tatsache, daß zwei Mitglieder der Arbeiterpartei, die der Kronen des Kreuzes geschworen hätten, Achtungserklärung dadurch gezeigt hätten, daß sie bei einer großen Gelegenheit sitzen geblieben seien. Seddon fügte hinzu, er hoffe, daß dies protokolliert werde. (Großer Beifall.)

Lord George erklärte, der Vertrag sei der umfangreichste, weitestgehendste Vertrag, der jemals abgeschlossen sei, was die Zahl und die Macht der davon betroffenen Interessen, die Größe der in Weltweite getragenen Gebiete und die darin verkörperten vielversprechenden neuen Versuche betreffe, die den ganzen Charakter der Dinge in der Welt ändern und dem Schicksal der Menschheit eine neue Richtung geben können. Lord George sagte, er werde am Donnerstag einen Gesetzentwurf einbringen, um die Regierung in Stand zu setzen, die Bestimmungen des Vertrages zu verwirklichen und werde eine Erklärung über den Vertrag und die Methode für seine Durchführung abgeben.

Ein Aufstand in Anatolien.

Konstantinopel, 30. Juni.

„Times“ berichtet aus Athen, daß dort die antike Meldung aus Konstantinopel eingetroffen ist, daß sich Mustafa Kemal Pascha, Befehlshaber einer Heeresgruppe und zunächst zum Inspektor der anatolischen Heeres ernannt, an die Spitze einer gegen die zentrale Regierung gerichteten Aufstandsbewegung gesetzt hat. In seiner Proklamation fordert er das Volk auf, sich zur Verteidigung des Landes zusammenzuschließen. Sein Hauptquartier befindet sich in Amassia und sein Einfluß erstreckt sich über das gesamte Gebiet Trakia bis zur griechischen Botschaft. Der Kommandant des 17. Armeekorps hat sich dieser Bewegung angeschlossen. Eine Sonderkommission ist von Konstantinopel nach Anatolien geschickt worden, um die dortige Bevölkerung zu beruhigen. Die türkische Regierung hat Mustafa Kemal Pascha aufgefordert, nach Konstantinopel zu kommen. Er hat sich jedoch geweigert, der Aufforderung Folge zu leisten.

Zwei Schermafahrbücher haben sich vereinigt, nämlich die „Berliner Neuesten Nachrichten“ und die „Post“. Beide Blätter wurden von der Schermafahrbücher finanziert; die „P. P. N.“ bitten von je an Kommentarschwundst und danken dem Geldgeber, es gegeben, wenn die „Post“, die allein weitererscheinen soll, ihre journalistischen Geschäfte besorge.

Peter Csep, ein rumänischer konservativer Politiker, ist gestorben. Auf ihn hatten die Rumänen große Hoffnungen gesetzt.

Aus der Partei.

Frauentag im Bezirk Leipzig.

Am Sonntag tagte eine Frauentag im Bezirk Leipzig. Sie war sehr stark besucht. Es wurde u. a. Stellung genommen zu der Frage Mätresystem und Hausfrauen und einstimmig beschlossen, lebhaft Propaganda dafür zu machen, daß auch den Hausfrauen im Mätresystem ein Platz eingeräumt wird. Des weitesten wurde von der Bezirkskonferenz beschlossen, zu beantragen, die „Mätresystem“ allen weiblichen Mitgliedern obligatorisch zu überweisen, wenn nicht anders, unter Erhebung eines Erntebeitrages. Ferner wurde beschlossen, überall die Lesesabende wieder einzurichten und die bestehenden auszubauen. Auch Reden für Fortschritte wurden verlangt. Ein weiterer Vorschlag geht dahin, die Broschüre: „Wißt du arm und unfrei bleiben?“ in einer großen Anzahl zu beschaffen und für die Agitation zu verwenden. Allgemein wurde festgestellt, daß die Frauentag im Bezirk Leipzig tägliches Geschäft gemacht hat und ein guter Geist überall herrscht.

Wachstum der U. S. P. D.

In Ostpreußen schreitet unsere Partei mit Riesenschritten vorwärts. Zur Zeit zählen unsere Organisationen dort schon 30 000 Mitglieder, trotzdem nur äußerst wenige Kräfte in der Agitation tätig sein können, ein Beweis, wie sehr die Politik der U. S. P. D. die Massen der Arbeiter anzieht.

Gewerkschaftliches.

Zurücksetzung der Postboten.

Von einem Parteienossen wird und geschrieben: Sonderbare Getränke herrschen bei der Postverwaltung. Am 26. Juni wurde an alle etatsmäßigen Beamten das Gehalt sowie Feuerungszulage für drei Monate im voraus gezahlt. Die Postboten dagegen, auch solche, die jahrelang im Postdienst stehen, wurden völlig überlassen. Unter den Postboten herrscht deshalb eine starke Unzufriedenheit, denn sie betrachten es als außerordentliche Mißhandlung seitens der vorgesetzten Behörden, daß ihnen nicht ebenso wie den anderen Beamten das Gehalt für drei Monate vorausbezahlt und damit eine gewisse Sicherheit für unvorhergesehene Fälle gegeben worden ist. Der etatsmäßige Gehalt, daß die Postboten nicht etatsmäßig angestellt sind, ist hier nicht maßgebend, denn die Postverwaltung hat genügend Stellen in der Hand, um auch die Postboten zur Erfüllung ihrer Pflichten anzustellen. Es wäre zu wünschen, daß die Postverwaltung den berechtigten Forderungen der Postboten schnell nachkäme.

Die Wahlen zum Arbeiterrat im Erzbergwerk.

Die öffentliche Versammlung vom 30. Juni im „Rosenhof“ Hof“ beschäftigte sich mit den kommenden Arbeiterratswahlen. Hierzu referierte Genosse Koch (U. S. P.) vom Volksgenossen über Parlamentarismus, Mätresystem und seine Bedeutung zu den kommenden Arbeiterratswahlen. Der Referent verhandelt es zu beweisen wie es kommt, daß die Massen der Rechtssozialisten immer mehr den Rücken kehren. Wenn auch der Parteigenosse Thoms (S. P. D.) sich große Mühe gab, die Politik seiner Partei zu rechtfertigen, so wurde ihm doch von allen Diskussionsrednern, die sich auf den Boden des reinen Sozialismus stellten — mit Ausnahme von Dous — alles widerlegt.

Die Liste der freien Gewerkschaft gelangte zur Annahme. Edmann (S. P. D.), Beyer (S. P. D.), Meißel (S. P. D.) Brüder (S. P. D.), Pabel (U. S. P.), Kautzschke (U. S. P.) Schwanebeck (U. S. P.), Hlenfeld (U. S. P.), Meißner (U. S. P.); als Ersatzleute Bumbat (U. S. P.), Röhrer (U. S. P.) und Walter (U. S. P.).

Die im Deutschen Bauarbeiterverband organisierten Arbeiter nahmen in einer stark besuchten Mitgliederversammlung den Be-

